

Integriertes E-Government

Markus Ulbig, Staatsminister des Innern des Freistaates Sachsen, erklärt, wie Land und Kommunen ihre Zusammenarbeit im Bereich E-Government gestalten, stellt aktuelle Projekte vor und gibt einen Ausblick auf die Zukunft.

Herr Minister, die 2009 beschlossene E-Government-Strategie des Freistaates Sachsen sieht eine enge Kooperation zwischen Landesbehörden und Kommunen vor. Wie ist die Ausgestaltung der Zusammenarbeit vorangekommen?

Die enge Kooperation zwischen unterschiedlichen Verwaltungsebenen findet nicht erst seit Beschluss der gemeinsamen Strategie statt: In einer „Lenkungsgruppe kommunales E-Government“, angesiedelt bei der Sächsischen Anstalt für kommunale Datenverarbeitung (SAKD), verständigen sich Vertreter der staatlichen und der verschiedenen kommunalen Ebenen sowohl zu strategischen Themen als auch zu ganz konkreten Projekten. Ein von Freistaat und kommunalen Spitzenverbänden verabschiedetes Positionspapier „Sachsen Interaktiv“ postuliert diese Zusammenarbeit auch im politischen Raum. Das Kabinett hat zeitgleich mit dem Beschluss der Strategie die Umsetzungsplanung beauftragt, die gegenwärtig unter Beteiligung der kommunalen Seite erarbeitet wird. Ein konkretes Ergebnis der engen Kooperation ist die in diesem Jahr geschlossene Vereinbarung zur Nutzung der (technischen) Basiskomponenten der E-Government-Plattform durch kommunale Anwender. Damit liegen erstmals

verlässliche Rahmenbedingungen für den Aufbau eigener kommunaler E-Government-Dienste vor. Für die Koordinierung der gemeinsamen E-Government-Aktivitäten haben Freistaat und Kommunen weitere Strukturen eingerichtet, die diese Abstimmungsprozesse effektiver gestalten sollen. So wird es unter Leitung des CIOs des Freistaates einen staatlich-kommunal besetzten „Kooperationsrat für IT und E-Government“ geben. Mit einem eigenständigen Förderschwerpunkt E-Government innerhalb des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) hat sich Sachsen für die Unterstützung kommunaler E-Government-Projekte stark gemacht. Derzeit erfolgt die Anpassung der einschlägigen Richtlinie an die Verwaltungspraxis. Auch die Anpassung der rechtlichen Rahmenbedingungen wie der Sächsischen Gemeindeordnung an die Möglichkeiten und Potenziale des E-Government unter Beteiligung der kommunalen Partner ist ein Beispiel für die enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit.

Welche weiteren kommunalen Projekte werden im Rahmen der E-Government-Strategie angegangen?

Zeitgemäße E-Government-Anwendungen erfordern entspre-

chende IT-Infrastrukturen. Sächsische Kommunen, kommunale IT-Dienstleister und die SAKD befassen sich derzeit mit der fachlichen und technischen

Umsetzung moderner Integrationskonzepte, um ein One Stop Government zu erreichen. Beim Projekt MyOneStopEgovShop (MOSES) steht nicht mehr nur die IT-Umsetzung von Verwaltungsverfahren einer einzelnen Kommune mit ihren IT-Dienstleistern im Vordergrund. Ziel ist vielmehr ein verteiltes integriertes E-Government. Schrittweise entstehen hier Bausteine eines fachlichen „E-Government-Generalbebauungsplans“, aus denen unterschiedlichste Umsetzungen sowohl im Front Office als auch im Back Office entwickelt werden können. Darüber hinaus sind sächsische Kommunen auf dem Weg, die standardisierte Nutzung von Planungsinformationen unter Verwendung zentral bereitgestellter Komponenten und Dienste zu erproben und technische und organisatorische Nutzungskonzepte zu entwickeln. Das bei der SAKD angesiedelte Projekt XPlanServer



Markus Ulbig

schaft wahrscheinlich erstmalig eine Vielzahl von Integrationsmöglichkeiten für die Abwicklung von Verfahren zwischen Wirtschaft und öffentlicher Verwaltung. Außerdem arbeiten Freistaat und Kommunen bei weiteren Vorhaben eng zusammen etwa beim Aufbau und der Bereitstellung mobiler Bürgerservices. An der Weiterentwicklung der E-Government-Plattform des Frei-

Entwicklung und Einführung von E-Government in Landes- und Kommunalverwaltungen überhaupt erst erlauben. Die kommunalen Landesverbände verfügen darüber hinaus jeweils über Arbeitsgruppen, die sich gezielt mit Fragen des E-Government befassen. Dank der zentralen Infrastruktur sind auch die notwendigen technischen Rahmenbedingungen vorhanden.

Leistungsfähige IT-Infrastrukturen sind eine notwendige, aber keine hinreichende Bedingung für die Bewältigung dieser Herausforderungen. Mindestens ebenso wichtig sind IT-Strategien und die Organisation. Wenn es nicht gelingt, die IT aus dem Schatten einer Hilfsdienstleistung herauszuholen und als strategisches Werkzeug der Verwaltungsentwicklung zu etablie-

„Erstmals liegen verlässliche Rahmenbedingungen für den Aufbau eigener kommunaler E-Government-Dienste vor.“

staats mit dem Ziel, Antragsverfahren vollständig online abzuwickeln, sind die Kommunalverwaltungen ebenfalls beteiligt.

Wie ist Sachsen im Ländervergleich im Bereich des kommunalen E-Government aufgestellt?

Eine der großen Herausforderungen im kommunalen E-Government besteht darin, die individuellen Aktivitäten einzelner Kommunen und deren Dienstleister zu koordinieren und Synergien herzustellen. Sachsen hat mit der SAKD eine unabhängige Beratungs- und Koordinierungsstelle, die diese Aufgaben wahrnimmt. Um eine solche Einrichtung beneiden uns andere Bundesländer. Mit dem Zweckverband KISA, der IT-Aufgaben für nahezu 200 Kommunen erbringt, und IT-Einheiten der Großstädte Dresden, Leipzig und Chemnitz sowie der zehn Landkreise existieren Strukturen, mit denen es gelingen sollte, die operative Umsetzung eines integrierten E-Government auch in der Breite zu ermöglichen. Mit den bereits genannten Vereinbarungen und Gremien bestehen eingespielte Strukturen, die eine kooperative

Welchen Herausforderungen müssen sich Sachsens Städte, Gemeinden und Kreise in Zukunft stellen?

Größere Gebietskörperschaften, sinkende Einwohnerzahlen, weniger und älteres Personal, Aufgabenverdichtung und sinkende Einnahmen erfordern von den Kommunen sowohl organisatorisch als auch technisch völlig neue Herangehensweisen an die Aufgabenerfüllung. Mit dem Informationsbedarf steigen die Anforderungen an Aktualität und Qualität sowie die schnelle und unkomplizierte Auffindbarkeit von Informationen. Größere Flächen und Zuständigkeitsbereiche bedingen eine umfangreichere fachliche Wissensbasis, die zentral bereitzustellen und dezentral zu pflegen ist. Darüber hinaus gewinnen neue Kommunikationstechnologien wie Smartphone-Apps, Facebook oder Twitter zunehmend an Bedeutung und verlangen die Eröffnung weiterer Zugangskanäle zu Verwaltungsdienstleistungen.

Welchen Beitrag kann die Informationstechnologie bei der Bewältigung der eben genannten Herausforderungen leisten?

ren, bleiben die modernsten IT-Produkte perspektivisch wirkungslos. Ziel und Anspruch ist das Zusammenwirken der verschiedenen Fachsysteme mit einer durchgängigen Vorgangs- und Dokumentenablage nach fachlich abgestimmter und einheitlicher Systematik.

Mitte September findet die kommunale IT-Fachmesse DiKOM Ost in Leipzig statt. Welche Bedeutung hat dies für Kommunen in den neuen Bundesländern?

Die Messe nimmt einen hohen Stellenwert ein. Sie dient dem Erfahrungsaustausch von Führungskräften und Fachleuten aus Kommunalverwaltungen zum IT-Einsatz, modernen Informations- und Kommunikationstechnologien sowie innovativen Lösungsansätzen für Verwaltungsmodernisierung und E-Government. Sie ist aber auch Präsentationsplattform für eigene E-Government-Lösungen und Lösungsansätze und leistet einen wichtigen Beitrag zur Gewinnung von Partnern und Dienstleistern für kommunale Projekte.

Interview: Alexandra Reiter